



Presseschau vom 11.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-Rinfo*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Assad spricht im seltenen Interview über IS, Erdogan, USA, Migranten in Europa und vieles mehr

<https://sptnkne.ws/AubW>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Weiterhin bis zu 600 US-Soldaten in Syrien – Generalstabschef**

Die USA wollen künftig laut Generalstabschef Mark Milley bis zu 600 Soldaten trotz des angekündigten Truppenabzugs in Syrien behalten.

„Es gibt immer noch IS-Kämpfer in der Region. Wenn der Druck nicht aufrechterhalten wird und die Aufmerksamkeit nicht auf diese Gruppe gelenkt wird, dann besteht eine sehr reale Möglichkeit, dass die Voraussetzungen für eine Wiedererweckung des IS geschaffen werden“, sagte Milley am Sonntag in der ABC-Sendung „This Week“.

Zieht man dies in Betracht, würden nach seiner Einschätzung 500 bis 600 US-Soldaten weiterhin in Syrien bleiben.

„Aber wir werden nicht auf genaue Zahlen eingehen, weil wir mit der Analyse noch nicht durch sind“, so Milley.

US-Präsident Donald Trump hatte im Oktober den Abzug amerikanischer Truppen aus den kurdisch kontrollierten Gebieten in Syrien angeordnet, betonte aber in den vergangenen

Wochen, dass sich die Soldaten immer noch in der Region befinden. Die USA wollten zwar keine Patrouillen an der syrischen Grenze einsetzen, würden sich aber weiterhin bemühen, die Kontrolle über die Ölfelder zu behalten, sagte Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung im Bundesstaat Mississippi. ...

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. November wurden zwei Feuerangriffe von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt. Beschossen wurden die Gebiete von **Shelobok** und **Kalinowka**. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen, 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Unbekannte attackieren venezolanische Botschaft in Bolivien**

Unbekannte haben die Botschaft Venezuelas in La Paz attackiert. Dies erklärte die venezolanische Botschafterin in Bolivien, Crisbeylee González.

„Unter dem Schutz von Schildern haben Menschen die Botschaft Venezuelas in Bolivien mit Dynamit attackiert“, wird González von der bolivianischen Nachrichtenagentur ABI zitiert.

„Uns geht es gut, wir sind in Sicherheit, aber man will uns alle töten. Helfen Sie uns, diese Barbarei zu verurteilen“, sagte sie weiter.

Laut der Nachrichtenagentur kursiert im Netz ein Video, in dem die venezolanischen, in La Paz wohnenden Bürger dazu aufgerufen werden, das Gebäude den venezolanischen Behörden wegzunehmen.

Nach dem Rücktritt der Führung Boliviens sind in Lap Paz Unruhen, Brandanschläge und Angriffe auf Häuser von Beamten zu beobachten.

Am Sonntag hatte der Präsident des Landes, Evo Morales, seinen Rücktritt erklärt. Zusammen mit Morales räumte auch der Vize-Präsident des Landes, Alvaro Garcia Linera, seinen Posten. Dieser bezeichnete die Situation zugleich als Staatsstreich.

Kurz zuvor hatten die Chefs der Streitkräfte und der Polizei in Bolivien den Staatschef zum Rücktritt aufgefordert. Dieser hatte am Sonntag eigentlich eine Neuwahl angekündigt, nachdem die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in einem vorläufigen Bericht Manipulationen bei der Präsidentenwahl vor drei Wochen festgestellt hatte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32597/39/325973995.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. November 3:00 Uhr bis 11. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Petrowskoje, Staromichajlowka, Jasnoje, Leninskoje, Saitschenko, Oktjabrj.**

Gestern, am 10. November, haben die BFU das Feuer aus Richtung Beresowoje in Richtung Jasnoje mit Granatwerfern eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt:

- Walow-Straße 9 (Fassade und Fensterverglasung);
- Lenin-Straße 7 (Dach, Fassade und Fensterverglasung);
- Tschapajew-Straße 32 und 34 (jeweils die Gasleitung).

Außerdem wurden infolge des Beschusses von Seiten der BFU auf Staromichajlowka Schäden an der Fensterverglasung in der Kirow-Straße 8 festgestellt.

Darüber hinaus haben die BFU gestern, am 10. November, das Feuer in Richtung Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7) eröffnet. Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt:

- Friedensstraße 20/2 (Dach);
- Semnuchow-Straße 16 (Zaun).

Außerdem ist durch Beschuss der Strom in der Sabajkalskaja-Straße ausgefallen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Wir merken an, dass die ukrainische Seite ihre Bereitschaft zur Beseitigung der Verstöße am Abschnitt im Gebiet von Petrowskoje, wo zuvor bereits eine Trennung der Seiten stattgefunden hat, bestätigt und den Abzug der von der OSZE-Mission festgestellten Waffen und bewaffneten Personen vom Trennungsabschnitt Nr.3 Petrowskoje begonnen hat.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 126.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 218.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Polens Premier: Macrons Worte über „Hirntod“ der Nato „verantwortungslos“**

Der polnische Premier Mateusz Morawiecki hat in einem am Sonntag erschienenen Interview mit der britischen Zeitung „Financial Times“ die abschätzigste Äußerung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron über die Nato und deren Rolle im System kollektiver Verteidigung als „verantwortungslos“ kritisiert.

Macron hatte zuvor in einem Interview mit der britischen Zeitschrift „Economist“ über den „Hirntod“ der Nato gesprochen, die „die Koordination innerhalb des Bündnisses völlig eingebüßt hat“.

Morawieckis Worten zufolge ist die Nato „die wichtigste Allianz in der Welt, die Freiheit und Frieden verteidigt“. Macrons Bedenken, ob die Nato-Mitglieder mit gegenseitigem Schutz rechnen könnten, seien „gefährlich“, so der polnische Politiker.

„Ich denke, die Zweifel von Präsident Macron (hinsichtlich der kollektiven Nato-Verteidigung) könnten die Verbündeten darüber nachdenken lassen, dass gerade Frankreich

Fragen in Bezug auf ihre Aufrechterhaltung hätte. Ich hoffe, dass wir immer noch damit rechnen können, dass Frankreich seinen Verpflichtungen nachkommt“, so Morawiecki. Er bemängelte, dass etliche Länder, darunter Frankreich, ihre Verpflichtungen gegenüber der Nato nicht erfüllten und weniger als zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung aufbrächten. Dies sei ein Beweis dafür, dass „es mehreren europäischen Verbündeten an Gegenseitigkeit mangelt“.

Als ein weiteres Beispiel für den unzureichenden Zusammenschluss der europäischen Länder nannte Morawiecki die Unterstützung der Gaspipeline Nord Stream 2 durch einige EU-Mitglieder. „Nord Stream 2 bezahlt russische Waffen und Russlands Aufrüstung mit europäischem Geld“, so Morawiecki.

Das Projekt Nord Stream 2 wird vom Unternehmen Nord Stream 2 AG umgesetzt. Shell, OMV, Engie, Uniper und Wintershall haben sich verpflichtet, das Bauprojekt zu 50 Prozent zu finanzieren und je 950 Millionen Euro dafür aufzubringen. Der russische Energiekonzern Gazprom übernimmt Kosten in Höhe von 4,75 Milliarden Euro.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32563/57/325635700.jpg>

Dnronline.su: „Die Karatemannschaft der DVR hat am 9. Welpokal der Karatenomichi World Federation am 9. bis 10. November in Japan (Toko) teilgenommen. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums für Jugend, Sport und Tourismus der Republik mit. An dem Wettbewerb nahmen Sportler aus 32 Ländern im Alter von 8 bis 60 Jahren teil. Das Team der DVR war als vollwertiges Mitglied der Karatenomichi World Federation vertreten. Der Leiter des Teams Jurij Martynow und der Cheftrainer des Teams Andrej Medwedjew nahmen als offizielle Vertreter der DVR an der Weltkonferenz der KWF teil. Das Team der DVR erzielte 13 Medaillen, davon 10 Goldmedaillen, 2 Silbermedaillen und 1 Bronzemedaille.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-11_08-07-44_787243--1024x577.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Gründer der Weißhelme James Le Mesurier in Istanbul tot aufgefunden – Berichte**

Le Mesurier, ein ehemaliger Offizier des britischen Geheimdienstes MI6, soll im Jahr 2013 einst die umstrittene Organisation für „Rettungseinsätze unter Stadtbedingungen“ gegründet haben. Der Organisation, gut bekannt unter dem Namen „Weißhelme“, wird die Inszenierung von Giftgasangriffen in Syrien vorgeworfen.

Zunächst erschienen die Meldungen in oppositionellen türkischen Medien, später wurden sie auch von anderen Stellen bestätigt.

So haben die „Weißhelme“ dem israelischen öffentlich-rechtlichen Sender KAN gegenüber bestätigt, dass der Gründer der Gruppe, James Le Mesurier, in seinem Haus in Istanbul, Türkei, tot aufgefunden wurde.

Seine Leiche soll am frühen Montagmorgen im Stadtteil Beyoglu gefunden worden sein.

"Sözcü", eine bedeutende türkische Tageszeitung, berichtete unter Berufung auf polizeiliche Quellen, Le Mesurier habe möglicherweise Suizid begangen. Er soll vor seinem Tod einige Zeit lang Antidepressiva eingenommen haben.

Nach Angaben der Zeitung soll sich der Vorfall heute Morgen um 05:30 Uhr ereignet haben.

Le Mesuriers Frau soll der Polizei die Tür geöffnet haben, als sie am Tatort ankam.

Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

Suizid als Hauptversion

Laut der Zeitung "Sabah", die sich auf Quellen in den türkischen Strafverfolgungsbehörden beruft, ist im Moment die Hauptversion für Le Mesuriers Tod ein Suizid.

Der ehemalige britische Geheimdienstoffizier soll vom Balkon seiner Wohnung im 3. Stock gesprungen sein.

Am Leichnam des Verstorbenen sollen keine Spuren von Schüssen und Messerverletzungen gefunden worden sein.

Le Mesuriers Frau soll Folgendes erklärt haben:

„Gestern haben wir zusammen zu Abend gegessen. Danach haben wir Schlaftabletten genommen und sind ins Bett gegangen. Ein paar Stunden später bin ich an der Türklingel aufgewacht. Es war die Polizei, sie hat mir erzählt, dass mein Mann vom Balkon gefallen ist und gestorben ist.“

Eine Quelle bei den Istanbul Strafverfolgungsbehörden bestätigte unterdessen in einem Kommentar für Sputnik den Tod von James Le Mesurier. Im Moment gebe es jedoch „keine Klarheit darüber, ob dies ein Mord war oder ob er Selbstmord begangen hat“.

Wer war Le Mesurier?

Le Mesurier, ein britischer privater Sicherheitsspezialist und ehemaliger britischer Militärgeheimdienstler, soll im März 2013 die „Weißhelme“ in der Türkei gegründet haben. Davor war er als Geheimdienstoffizier auch in anderen Konfliktgebieten tätig, unter anderem in Pristina im Kosovo während der Nato-Intervention im Jahr 1999.

In einem Interview aus dem Jahr 2014 sagte Le Mesurier, dass er schnell rund 300.000 US-Dollar für die Schaffung der „Weißhelme“ aus Großbritannien, den USA und anderen Ländern gesammelt habe.

Bald verfügte die Organisation über mehr als 100 Millionen US-Dollar, nachdem zahlreiche westliche NGOs, Golfstaaten, mehrere Europäische Länder und Japan Geld und Ausrüstung an die „Weißhelme“ geschickt haben.

Der Ruf der „Weißhelme“

Syrien betrachtet die „Weißhelme“ als eine terroristische Organisation und verweist darauf, dass die Gruppe ihre Operationen vor allem in Gebieten ausführte, die von militanten Dschihadisten kontrolliert wurden, darunter der Al-Qaida-Ableger Nusra-Front.

Die „Weißhelme“ sollen für die Inszenierung von zahlreichen angeblichen Giftgasangriffen verantwortlich gewesen sein, die eine großangelegte militärische Intervention des Westens in Syrien auslösen sollten.

So hatten die USA, Großbritannien und Frankreich im April 2018 eine Reihe von Luft- und Marschflugkörperangriffen gegen Syrien gestartet, nachdem die „Weißhelme“ ein Video eines angeblichen chemischen Angriffes in Douma, einer Stadt bei Damaskus, veröffentlicht haben. Der Douma-Angriff wurde später durch verifizierte Aussagen von mehreren Augenzeugen, die in dem Video auftraten, als ein Fake entlarvt, darunter durch die eines 11-jährigen Jungen, der offenbarte, dass er und seine Mutter Essen erhalten hatten, um an dem gefälschten Clip teilzunehmen.

Russland forderte Untersuchung gegen Le Mesurier

Erst letzte Woche hatte das russische Außenministerium London aufgefordert, die möglichen Verbindungen von Le Mesurier zur Al-Qaida zu untersuchen. Bei einer Pressekonferenz am Freitag wies die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf Recherchen hin, die auf mögliche Verbindungen des ehemaligen Spions zu terroristischen Organisationen hinwiesen.

„Es gibt Daten, die darauf hindeuten, dass Al-Qaida-Mitglieder in seinem Team waren“, erklärte Sacharowa und fügte hinzu, dass Moskau „sehr gerne hören würde, was London zu diesen Fakten zu sagen hat“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32597/55/325975505.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.11.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **11-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Strafsoldaten Kaschtschenkos aus der 58. Brigade die **Siedlung des Bergwerks 6/7** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. Brigade **Staromichajlowka** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und der 128. Brigade Korostelevs **Jasnoje, Petrowskoje, Leninskoje, Saitschenko und Oktjarj** mit Schützenpanzerwaffen, automatischen und Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 136 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses auf Jasnoje wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt: Walow-Straße 9 und Lenin-Straße 7. Außerdem wurde ein Gasleitung in der Tschapajew-Straße 32 und 34. beschädigt.

Folge von Beschuss auf die Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka sind Schäden an den Häusern in der Semnuchow-Straße 16, 25, der Saslawskij-Straße 21, 42, 44 und der Friedensstraße 20/2. Die Stromversorgung der Wohnhäuser in der Sabajkalskaja-Straße wurde unterbrochen. Die Notfalldienste reparieren die beschädigte Gasleitung in Jasnoje und die Stromleitungen in Gorlowka.

Infolge von Beschuss auf Staromichajlowka mit Schützenpanzerwaffen wurde ein Schaden an einem Wohnhaus in der Kirow-Straße 8 festgestellt.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Die Verteidiger Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feueereinstellung ein.

Das Kommando des Stabs der OOS hat nach der erfolgreichen Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje unter Druck der Führung der nationalistischen Organisationen eine **Falschinformation über die Unmöglichkeit einer Trennung der Seiten im Winter** aktiviert. Dies hat unter anderem der stellvertretende Kommandeur der OOS B. Bondar erklärt und es damit begründet, dass Maßnahmen zur Minenräumung im Winter nicht durchgeführt werden könnten und es unmöglich sein würde, neue Positionen auszurüsten. Mit solchen Erklärungen demonstriert das Kommando der OOS eine Sabotage des Prozesses einer weiteren Trennung von Kräften und Mitteln und diskreditiert sich so in den Augen der internationalen Gemeinschaft selbst als unfähig, die Vereinbarungen zur Regelung des Konflikts einzuhalten.

Die Lebensmittelversorgung in den Verbänden und Truppenteilen der BFU in der OOS-Zone ist nach wie vor auf niedrigem Niveau. So ist in der 28. mechanisierten Brigade ein Besuch einer rückwärtigen Kommission des operativen Kommandos „Süd“ geplant, um im Zusammenhang mit zahlreichen Beschwerden von Soldaten die Organisation der Ernährung zu überprüfen.

Während aber die Lebensmittelversorgung in den ukrainischen Streitkräfte ein Problem für das Kommando ist, so gibt es mit der Frage des Alkoholmissbrauchs keinerlei Probleme. Auch das weibliche Geschlecht hat sich nicht weit von den männlichen Alkoholikern entfernt. So haben in der Nacht vom 8. auf den 9. November Soldatinnen in der Unterkunft des Stabs des 1. Bataillons der 128. Gebirgssturmbrigade Alkohol getrunken. Während der

Vergnügungsveranstaltung entstand ein Brand in der Räumlichkeiten des technischen Teils der Brigade. Beim Versuch der Löschung erlitten drei Soldaten unterschiedlich schwere Brandverletzungen. Eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckte, dass durch das Feuer die Buchhaltungsdokumentation für technische Aufklärungs- und Kommunikationsmittel vernichtet wurde.

de.sputniknews.com: **Nach Morales' Rücktritt: Kreml hofft auf gesetzestreue Entwicklung in Bolivien**

Der Kreml rechnet damit, dass sich die Situation in Bolivien im Einklang mit dem Gesetz und ohne Einmischung von außen entwickeln wird, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Montag vor der Presse.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 20. Oktober hatte Evo Morales gleich in der ersten Runde einen Sieg davongetragen. Sein Haupttrivale Carlos Mesa wollte die Auszählungsergebnisse nicht anerkennen. Am Sonntag riefen die bolivianischen Streitkräfte Morales auf, sein Amt zu verlassen, damit im Land Stabilität gesichert werde. Daraufhin kündigte Morales den Rücktritt an. Die Angehörigen der höchsten Staatsführung erklärten ebenfalls ihren Rücktritt. Etliche Länder, so Venezuela, Kuba und Mexiko, bewerteten die Situation in Bolivien als einen Staatsstreich.

Nach Äußerungen von Medienvertretern hat das russische Außenministerium die aktuelle Situation in Bolivien als eine Entwicklung nach dem Muster eines in Szene gesetzten Staatsstreichs qualifiziert.

Auf die Frage, wie der Kreml die Ereignisse in diesem Land einschätzen würde, sagte Peskow: „Es wäre Ihrerseits unvernünftig, eine andere Reaktion zu erwarten. Das ist selbstverständlich eine konsolidierte Reaktion der russischen Seite. Jetzt rufen wir alle naturgemäß zur Ruhe auf. Wir hoffen, dass die weitere Entwicklung in Bolivien im Rahmen des Gesetzes laufen wird. Wir hoffen selbstverständlich auch, dass die Bolivianer selbst, ohne Einmischung irgendwelcher Drittländer, über ihr Schicksal bestimmen werden“, so Peskow.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32597/62/325976218.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **zweimal das Territorium der Republik beschossen.**

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Strafruppen der 14. Brigade auf Befehl von Wojschenko vier Schüsse mit Schützenpanzerwaffen auf das Gebiet von **Shelobok** abgegeben.

In **Richtung Debalzewo** haben Untergebene des Kriegsverbrechers und Kommandeurs der

59. Brigade Schapowalow **Kalinowka** beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden 25 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz gibt es nicht.

Die ukrainischen Kämpfer haben den **Einsatz von Drohnen an der Kontaktlinie** aktiviert und verletzen so weiter die Minsker Vereinbarungen.

Am 10. November wurde im Gebiet von Sokolniki eine **Drohne des Gegners vom Typ „Furija“ entdeckt und abgeschossen**, die Luftaufklärung betrieb. Die Materialien aus der Drohne werden von unseren Spezialisten untersucht. Dies ist innerhalb einer Woche bereits die zweite Drohne der ukrainischen Streitkräfte, die von unseren Soldaten abgeschossen wurde.

de.sputniknews.com: **Tod des „Weißhelme“-Gründers Le Mesurier: Türkische Behörden leiten „allseitige Untersuchung“ ein**

Die türkischen Rechtschutzbehörden haben eine Ermittlung wegen des Todes eines der Gründer der Organisation „Weißhelme“ und des Ex-Mitarbeiters des britischen Geheimdienstes, James Le Mesurier, eingeleitet. Dies ist einer Mitteilung der Stadtverwaltung von Istanbul zu entnehmen.

Zuvor hatten die türkischen Medien berichtet, dass Le Mesurier im Garten seines Hauses in Istanbul von den Nachbarn tot aufgefunden worden sei. Le Mesurier war Ex-Offizier des britischen Geheimdienstes Mi-6.

„Eine allseitige Untersuchung der Todesumstände des Ex-Offiziers des britischen Geheimdienstes ist eingeleitet worden“, teilten die Stadtbehörden mit. ...

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute um 13:30 Uhr haben die BFU trotz der Umsetzung des praktischen Teils zur Beseitigung der Verstöße am Trennungsabschnitt das **Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 3 „Bogdanowka-Petrowskoje“** eröffnet.

Wir erinnern daran, dass die Volksmiliz am 9. November entsprechend dem in Minsk bestätigten Zeitplan den Trennungsabschnitt verlassen hat.

Wir merken an, dass die BFU den zweiten Tag hintereinander das Regime der Ruhe in diesem Abschnitt verletzen. Gestern befanden sich zur Zeit des Beschusses von der ukrainischen Seite der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK sowie der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission Mark Etherington in der Nähe des Abschnitts.

de.sputniknews.com: **Machtwechsel in Bolivien: „Dahinter können äußere Kräfte stehen“ – Expertin in Sputnik-Interview**

Der bolivianische Präsident Evo Morales ist nach heftigen Protesten, die von ihm und seinem Kabinett als Staatsstreich bezeichnet wurden, in der Nacht zum Montag zurückgetreten. Laut der Soziologin und Politologin Verónica Navia können externe Kräfte für seinen Rücktritt verantwortlich sein.

- Welche Kräfte können hinter dem Staatsstreich in Bolivien stehen?

- In Bolivien kam es zum Staatsstreich, was soll man dazu noch sagen. Dahinter können äußere Kräfte stehen, die eigene Vollstrecker in Bolivien hatten wie der Oppositionsführer Luis Fernando Camacho. Er war eben das Verbindungsglied, während Carlos Diego de Mesa Gisbert, andere Kandidaten, die an den Wahlen teilnahmen, Marionetten waren.

- Welche Gründe führten zur politischen Krise?

- Das einzige Motiv, das zur Rebellion dieser Menschen führte, war ihr Wunsch, die Macht zurückzugewinnen, und die Tatsache, dass Morales ihnen nicht passte. Es gibt keine anderen

Gründe. Viele Jahre lang war der Präsident mit Druck in der Regierung konfrontiert.

- *Welche Zukunft erwartet Morales in der Politik?*

- Morales kämpfte viel, gleichzeitig hatte er viele Anhänger. Er war der beste Präsident und seine Regierung war die beste für Bolivien. Bolivien löste das Problem mit der Armut, in der wir uns befanden. Ich denke nicht, dass Morales mit dem Rücktritt auf sein Lebensmotto – Kampf für das Volk – verzichten wird.

- *Können wir in diesem Zusammenhang sagen, dass Morales einen großen Zuspruch im Volk genießt?*

- Morales hat nicht nur nationale, sondern auch internationale Unterstützung seitens der progressiven Regierungen der Nachbarländer, die uns Hoffnung gibt.

- *Welche Politiker werden bei den bevorstehenden Wahlen die meiste Unterstützung vom Volk haben?*

- Jetzt sind die Kandidaten nicht bekannt. Es wird einen neuen Wahlprozess geben. Laut bolivianischen Regeln finden zunächst Vorwahlen in jeder politischen Organisation statt.

- *Was denken Sie über die Überprüfung der Ergebnisse der stattgefundenen Wahlen durch die Organisation Amerikanischer Staaten? Welcher Beschluss wird getroffen?*

- Der vorläufige Bericht, der schon erläutert wurde, ist ziemlich knapp. Zudem beweist er auf keinen Fall einen Wahlbetrug, sondern weist darauf hin, dass es die so genannte Informationsmanipulation gab. Sie entfachte die Gewalt im Lande. Unabhängig davon, ob der Abschlussbericht publik gemacht wird oder nicht, rufen wir dazu auf, dass die Organisation Amerikanischer Staaten die Erfüllung der Demokratie in unserem Lande verfolgt. Wir glauben, dass gerade die Erfüllung der gesetzgebenden Normen in jedem Land die Priorität ihrer Arbeit ist.

- *Wird es eine internationale Überprüfung der Wahlen geben? Wie wird sie durchgeführt? Soweit wir verstehen, herrscht derzeit Chaos in Bolivien.*

- Das ist nicht nur Chaos. Das ist eine Diskreditierung der gesamten bolivianischen Staatlichkeit. Deswegen meine ich nicht, dass es um eine Bereitschaft, sondern um eine Notwendigkeit der Präsenz der internationalen Vertreter, die das Vertrauen genießen, geht. Das ist notwendig, damit sie den Wahlprozess kontrollieren und das Vertrauen zum staatlichen Konstrukt Boliviens wiederherstellen.

- *War die internationale Prüfung das Ziel der Organisatoren des Staatsstreichs, oder wollten sie einfach eine Prüfung mit eigenen Kräften organisieren, ohne zu internationaler Hilfe zu greifen?*

- Das Ziel der Organisatoren war es, Morales von der Macht zu isolieren.

- *Welche Maßnahmen muss der künftige Präsident treffen, unabhängig von seiner Person, damit sich eine solche Situation in der Zukunft nicht wiederholt?*

- Jetzt muss man neue Wahlen durchführen. Das ist die einzige Aufgabe, die der Interimspräsident erledigen muss. Hoffentlich wird der neue Präsident die Sozialpolitik der Regierung von Morales nicht revidieren bzw. aufheben. Doch derzeit ist Bolivien de facto ohne Regierung.

- *In den Medien gab es viele Spekulationen darüber, dass Morales aus dem Land fliehen und im Ausland um Asyl bitten wollte. Denken Sie, dass er ausreisen oder doch bleiben wird? Welche Wahl wäre für ihn am besten?*

- Das Einzige, was ich dazu sagen kann, ist meine persönliche Meinung. Morales ist der Anführer der Hälfte des bolivianischen Volkes, diese Hälfte stimmte für ihn. Er versprach immer, dass er nicht dem Beispiel von Gonzalo Sanchez de Lozada folgen wird, der aus dem Land floh. Deswegen vertrauten ihm die Menschen. Das sind 50 Prozent der Bevölkerung des Landes. Er hielt sich an sein Versprechen, als er sagte, dass er keine Armee zur Lösung der politischen Krise einsetzen wird. Er versprach, nie vor Situationen wie der jetzigen zu fliehen, er hielt sich an sein Versprechen. Zudem ist sein Rücktritt der Versuch, das Land zu beruhigen. Hätte er diesen Schritt nicht unternommen, hätte die Regierung, die an die Macht

gekommen wäre, keine Legitimität gehabt. Im Namen des Friedens und der Liebe zu Bolivien musste er zurücktreten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32597/69/325976924.jpg>

Dnronline.su: Heute, am 11. November, haben die Abgeordneten des Volkssowjets eine **EntschlieÙung „Über die Gewährleistung der Sicherheit der DVR am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln“** beschlossen, die vom Komitee des Volkssowjets für Sicherheit und Verteidigung erarbeitet wurde.

Die EntschlieÙung sieht einige Reihe von Vorschlägen vor, die auf der Gefahr einer möglichen Stationierung eines Kontingents der Nationalpolizei und der Kräfte der Nationalgarde der Ukraine in dem demilitarisierten Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln basieren. Diese Pläne, die groÙe die Zusätze zum Maßnahmekomplex und die Rahmenvereinbarung verletzt, wurden von der ukrainischen Seite angekündigt.

„Zur Gewährleistung der Sicherheit der DVR, ihrer Bürger, Eigentum und Territorium, zur Sicherung von Ruhe und Rechtsordnung auf den Abschnitten zur Trennung von Kräften und Mitteln sowie zur Umsetzung der Beschlüsse der Kontaktgruppe legt der Volkssowjet fest, dass im Fall einer Stationierung eines Kontingents der Nationalpolizei und (oder) von Kräften der Nationalgarde der Ukraine im demilitarisierten Trennungsabschnitt im Gebiet von Petrowskoje in Verletzung von Punkt 8 der Rahmenvereinbarung vom 21.9.16 stationiert werden, in der Zone der Trennung von Kräften und Mitteln symmetrisch Einheiten des Innenministeriums der DVR stationiert werden müssen. Eine weitere Trennung von Kräften und Mitteln an neuen Abschnitten wird bis zum Abzug der Kräfte der Ukraine aus den entsprechenden Trennungszonen undurchführbar“, heißt es in der EntschlieÙung. Sie wurde einstimmig angenommen und tritt mit der Annahme in Kraft.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 AG klagt wegen offenbar diskriminierender Gasrichtlinie gegen EU-Kommission**

Der Betreiber der Gaspipeline Nord Stream 2, die Nord Stream 2 AG, hat kürzlich beim Gericht der EU zwei rechtliche Schritte gegen die EU-Kommission eingeleitet. Grund dafür sollen laut dem Sprecher Jens D. Mueller die Änderungen der EU-Gasrichtlinie sein, die offenbar gegen den Energiecharta-Vertrag verstoßen.

Über das Vorhaben informierte die Firma mit Sitz in der Schweiz die EU-Kommission noch im April 2019, als die EU-Gasrichtlinie bezüglich der russischen Gaspipeline geändert worden war. Im Juni 2019 fand ein Treffen zwischen der EU-Kommission und der Firma statt, eine einvernehmliche Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Die Nord Stream 2 AG habe daher im Juli vor dem Schiedsgericht beschlossen, den Verstoß gegen die völkerrechtlichen

Verpflichtungen im Energiecharta-Vertrag durch Brüssel festzustellen bzw. die EU aufzufordern, diesen Verstoß einzustellen. Ein Schiedsbescheid wurde am 26. September 2019 zugestellt.

„Die Nord Stream 2 AG hatte unwiderrufliche Investitionen in Milliardenhöhe getätigt und vertraute dabei auf den damals geltenden Rechtsrahmen, lange bevor die EU-Kommission ihren Plan zur Änderung des Rechtsrahmens angekündigt hatte“, geht aus einer Mitteilung des Betreibers hervor, die Sputnik vorliegt. „So wurden beispielsweise vor dem willkürlich gewählten Termin am 23. Mai 2019 bereits 200.000 Rohre aus 2 Millionen Tonnen Stahl geliefert und mehr als 1.300 km der Pipeline, das heißt, über 50 Prozent, in der Ostsee verlegt. In deutschen Hoheitsgewässern wurden Rohrverlegungsarbeiten bereits abgeschlossen.“ Es wird weiter darauf verwiesen, dass die EU-Kommission mit der Verabschiedung der Änderungsrichtlinie 2019/692 zur Änderung der bestehenden EU-Gasrichtlinie gegen ihre gesetzlichen Verpflichtungen aus den Artikeln 10 und 13 des Energiecharta-Vertrag verstoßen habe. Insbesondere diskriminierend wäre die Änderungsrichtlinie damit für die Investoren der Nord Stream 2 AG. Eigentlich soll die EU den erwähnten Artikeln zufolge verpflichtet sein, keine diskriminierenden Maßnahmen zu ergreifen, sondern eine faire und gerechte Behandlung für alle dergleichen Projekte zu schaffen.

So betrifft Gasrichtlinie Nord Stream 2

Die Änderungen der EU-Gasrichtlinie, die im Mai in Kraft getreten waren, erweitern eine Reihe von EU-Gasrechtsvorschriften auf die Gaspipelines aus Drittländern. Dazu gehören eben die sogenannte Entflechtung - eine Trennung von Gasproduktion und -transport, das heißt, ein Unternehmen kann nicht zugleich Gas gewinnen und die Pipeline besitzen, sowie die Festlegung wettbewerbsfähiger Tarife für das Pumpen von Gas und den Zugang zu Rohrleitungen durch Dritte. In diesem Fall wird Gazprom ein Zugang nur zur Hälfte der Kapazitäten von Nord Stream 2 gestattet, während die andere Hälfte potenziellen Dritten überlassen würde, die kaum je auftauchen würden. Auf einer kürzlichen Sitzung versuchte der Bundestag, die Nord Stream 2 im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes vor den EU-Gasrichtlinien zu schützen, konnte aber letztendlich nicht über eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes entscheiden.

Das Nord Stream 2-Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr von der russischen Küste über die Ostsee nach Deutschland. Die Fertigstellung ist für 2019 geplant. Die Gaspipeline wird durch Hoheitsgewässer oder ausschließliche Wirtschaftszonen der Russischen Föderation, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands verlaufen. Alleiniger Gesellschafter des Projektbetreibers, der Nord Stream 2 AG, ist der russische Energiekonzern Gazprom. Der Projektbetreiber ist daher der Ansicht, dass die Nord Stream 2 AG das Recht habe, von der aktualisierten EU-Gasrichtlinie ausgeschlossen zu werden.

Armiyadnr.su. Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Der Gegner unterlässt die Versuch bewaffneter Provokationen entlang der Kontaktlinie nicht und beschießt Ortschaften der Republik.

Heute von 13:00 Uhr bis 14:30 Uhr haben ein Vertreter des Pressedienstes der Volksmiliz der DVR und ein Filmteam von „Rossija 24“ eine Reportage über die Folgen der Beschießungen von Jasnoje von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erstellt. Während der Dreharbeiten an den Orten, wo Schäden entstanden sind, gerieten die Journalisten unter Beschuss von den Positionen der 128. Gebirgstruppenbrigade auf direkten Befehl des Kriegsverbrechers Korostelew.

Das Filmteam brachte sich im Keller eines Gebäudes vor dem Beschuss in Sicherheit, und bis jetzt war noch keine Verbindung mit ihm möglich. Verluste unter den Vertretern der Massenmedien und dem Pressedienst der Volksmiliz gibt es nicht.

Wir rufen die OSZE auf, den Terror der ukrainischen Straftroepen zu stoppen und Druck auf

das offizielle Kiew auszuüben, dass eine sorgfältige Untersuchung zu dem Geschehen durchgeführt wird. Wir merken an, dass die regelmäßigen Fälle des Beschusses von Filmteams davon zeugen, dass die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite den Erklärungen der Führung der Ukraine über ihre Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass widersprechen.

de.sputniknews.com: **„Eiserner Wolf“ im Baltikum: Aktive Phase von Nato-Manövern begonnen**

Die Militärübung „Eiserner Wolf 2019 – II“ mit etwa 4000 Soldaten aus elf Nato-Mitgliedstaaten ist am Montag in die aktive Phase eingetreten.

Die Übungen finden auf dem Truppenübungsgelände in der litauischen Stadt Pabrade statt. Ziel des Trainings sei eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Allianz.

„Zwei Bataillone der litauischen Armee, die zuvor einen Operationsplan ausgearbeitet und Erkundungsmissionen durchgeführt hatten, griffen am Sonntag die Positionen eines bedingten Gegners an, in dessen Rolle das in Litauen stationierte Nato-Kombibataillon fungiert“, teilte die Armee Litauens mit.

Das Manöver werde bis zum 18. November laufen. Die Übungen sind der zweite Teil des Manövers „Iron Wolf 2019 – I“, das im Juni unter Beteiligung einer ähnlichen Anzahl von Kräften stattfand.

In Vilnius waren Mitte Oktober US-Soldaten mit ihrer Ausrüstung zu Übungszwecken eingetroffen. Neben US-Einheiten beteiligen sich auch Truppen aus Deutschland, Großbritannien an der Militärübung in Litauen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32597/76/325977663.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Weiteres Land widerruft Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo**

Die Republik Ghana hat die Anerkennung der Unabhängigkeit des selbsternannten Kosovo abberufen und das serbische Außenministerium in einem offiziellen Schreiben darüber benachrichtigt. Dies teilt die serbische Behörde am Montag mit.

„Wir sind offiziell benachrichtigt worden, dass die Regierung der Republik Ghana der Ansicht ist, dass ihr Beschluss von 2012 über die Anerkennung der einseitig verkündeten Unabhängigkeit des Kosovo und Metochiens zu voreilig war, und dass diese Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine Verletzung des Helsinki-Abkommens

und einen grundsätzlichen Verstoß gegen die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates darstellen“, teilte die außenpolitische Behörde Serbiens mit.

Es wird betont, dass Ghana der 16. Uno-Mitgliedsstaat geworden ist, der die Anerkennung der selbsternannten Republik abberufen hat. Zuvor hatten die USA und andere „Quinta“-Länder – Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien – von dem offiziellen Belgrad gefordert, mit dem Lobbyieren des Widerrufs der Anerkennung der Kosovo-Unabhängigkeit unter den Drittländern aufzuhören.

Ende Juli hatte die Zentralafrikanische Republik gemeldet, dass das Land der 14. Staat geworden sei, der die Anerkennung der selbsternannten Republik Kosovo abberufe. Zuvor hatte Serbiens Außenministerium erklärt, dass Palau, Madagaskar, Salomonen, Komoren, Dominica, Surinam, Liberia, São Tomé e Príncipe, Guinea-Bissau, Burundi, Papua-Neuguinea, Lesotho und Grenada die Anerkennung der einseitig verkündeten Unabhängigkeit des Kosovo abberufen hätten.

1999 hatte die bewaffnete Konfrontation der albanischen Separatisten aus der Befreiungsarmee Kosovo einerseits und der Armee und der Polizei Serbiens andererseits zu den Bombardements Jugoslawiens (damals bestand Jugoslawien aus Serbien und Montenegro) durch Nato-Kräfte geführt. Die Kosovo-albanischen Strukturen in Pristina hatten am 17. Februar 2008 einseitig die Unabhängigkeit von Serbien verkündet. Die selbsternannte Republik wird derzeit von Serbien, Russland, China, Israel, dem Iran, Spanien, Griechenland und einer Reihe anderer Staaten nicht anerkannt.

Die serbische Führung war unter dem Druck aus Brüssel und zwecks Annäherung der Region mit der Europäischen Union sowie zwecks einer Lebenserleichterung für die serbischen Bürger in dieser Region 2011 gezwungen, Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit den kosovarischen Albanern unter EU-Vermittlung zu beginnen. Aktuell ist der Dialog vorübergehend gestoppt worden.

de.sputniknews.com: **Merkel und Putin telefonieren – Ukraine, Libyen und Syrien standen auf dem Plan**

Der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben nach Kremlangaben in einem Telefonat am Montag verschiedene Probleme der internationalen Politik besprochen. Besonders im Fokus stand die Situation in der Ukraine, in Libyen und Syrien.

Die Initiative für das Gespräch sei von der deutschen Seite ausgegangen.

Die Seiten sollen über die Regelung der Situation in der Ukraine, insbesondere über „die Steinmeier-Formel“ und den Rückzug von Streitkräften und Ausrüstung in den „Pilotgebieten“ im Raum der Ortschaften Stanitza Luganskaja, Zolotoe und Petrowskoje, sorgfältig diskutiert haben.

Laut der Pressemitteilung haben Putin und Merkel die Wichtigkeit der Einhaltung des im Jahr 2015 verabschiedeten Minsker Maßnahmenpakets und anderer Vereinbarungen zur Regelung des innerukrainischen Konflikts hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die bilateralen Bemühungen zu koordinieren sowie den Sonderstatus des Donbass in der Gesetzgebung der Ukraine zu verankern.

„Die Stimmung für eine weitere Koordinierung der Bemühungen Russlands und Deutschlands im Normandie-Format, einschließlich der Vorbereitung eines möglichen Gipfels in diesem Format, wurde bestätigt“, heißt es in der Mitteilung.

Außerdem sollen Moskau und Berlin über das Thema der trilateralen Verhandlungen bezüglich der Transitbedingungen für das russische Gas durch das Territorium der Ukraine gesprochen haben.

In Bezug auf die Situation in Libyen seien der Kremlchef und die Bundeskanzlerin sich einig gewesen, dass die Zusammenstöße in Libyen schnellstmöglich und ohne Vorbedingungen enden sollten.

„Der russische Präsident lobte die Vermittlungsschritte Deutschlands, die darauf abzielen, den innerlibyschen Dialog wieder aufzunehmen und die internationale Gemeinschaft aktiver in die Suche nach einer friedlichen Lösung des Problems einzubeziehen“, so die Mitteilung. Die Situation in Syrien sei ebenfalls behandelt worden. Beiderseitig sei die Wichtigkeit der Lösung der humanitären Probleme in Syrien festgestellt worden, einschließlich der Sicherstellung der Rückkehr von Flüchtlingen. Weitere Kontakte auf verschiedenen Ebenen seien auch vereinbart worden.

Deutsch.rt.com: **Bolivien: Bewaffnete dringen in Venezuelas Botschaft ein – Diplomaten geflohen**

Nach dem erzwungenen Rücktritt des bolivianischen Präsidenten Evo Morales stürmten bewaffnete Regierungsgegner die venezolanische Botschaft in La Paz. Laut der Botschafterin ist dem diplomatischen Personal die Flucht gelungen.

Medienberichten zufolge ist eine Gruppe maskierter Männer am Sonntag in die venezolanische Botschaft in Boliviens Hauptstadt La Paz eingedrungen und zwang das diplomatische Personal, das Gebäude zu verlassen.

Botschafterin Crisbeylee González erklärte, die Angreifer hätten das Personal in dem Gebäude töten wollen. In einer Audio-Botschaft an RT Spanish sagte sie:

„Es geht uns gut, aber die Botschaft wurde eingenommen. Sie wollten uns massakrieren. Bitte, ich möchte, dass Sie darüber berichten.“

Laut der staatlichen Nachrichtenagentur ABI sagte González, dass die Schläger, die auf das diplomatische Gelände eingedrungen waren, Kapuzenpullover trugen und mit Dynamit und Schilden bewaffnet waren.

Der Angriff soll sich ereignet haben, kurz nachdem Präsident Evo Morales am Sonntag seinen Rücktritt angekündigt hatte. Morales begründete diesen Schritt mit der Hoffnung, dass dadurch die gewalttätigen Angriffe auf Regierungsvertreter und seine Unterstützer, die vor allem in der indigenen Bevölkerung zu finden sind, aufhören.

In einem in den Sozialen Medien verbreiteten Video ist ein Mann zu sehen, der zum Angriff auf die venezolanische Botschaft anstachelt. In einer wütenden Tirade fordert der Mann "alle in Bolivien lebenden Venezolaner" auf, das Gebäude "zu übernehmen". Zudem verurteilt er den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro.

Maduro bezeichnete Morales' Rücktritt als "vollendeten Staatsstreich", während der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel die Welt aufforderte, "sich für das Leben und die Freiheit von Evo [Morales] einzusetzen".

Der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard teilte mit, dass es in Bolivien "keinen Putsch" gegeben habe, sondern – wie er es nannte – "eine laufende Militäroperation". Ebrard bat Morales nach seinem Rücktritt Asyl an und stellte fest, dass etwa zwei Dutzend bolivianische Beamte bereits in der mexikanischen Amtsresidenz in La Paz Zuflucht gefunden hätten.

Nach Berichten über den Angriff auf die venezolanische Botschaft forderte Ebrard, dass die Integrität aller diplomatischen Vertretungen, einschließlich der der mexikanischen Botschaft in Bolivien, respektiert wird.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2019.11/article/5dc93920b480cc247a7d6d12.JPG>

Deutsch.rt.com: **Nach Putsch: Morales erhält in Mexiko Asyl**

Der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard hat am Montag erklärt, dass der ehemalige bolivianische Präsident Evo Morales in seinem Land Asyl gewährt bekam. Ebrard rief Boliviens Behörden dazu auf, sicherzustellen, dass Morales sicher nach Mexiko reisen kann. Der mexikanische Spitzendiplomat bestätigte, dass Morales "sowohl mündlich als auch schriftlich" seinen Wunsch geäußert habe, in Mexiko Asyl zu beantragen.

Lateinamerika habe eine Geschichte von unheilvollen und gewalttätigen Vorfällen, bei denen die demokratische Ordnung zusammengebrochen sei, oft unter Mitwirkung des Militärs, so der mexikanische Außenminister.

Ebrard hatte bereits am Sonntag erklärt, dass Mexiko Morales Asyl gewähren würde, wenn er dies wünsche.

Morales hatte am Sonntag infolge eines institutionellen Putsches seinen Rücktritt erklärt, dabei aber betont, dass dieser Schritt nicht freiwillig erfolgte. Zuvor hatten ihn führende Militärs zu diesem Schritt gedrängt.